

Kreisfinanzen weiter desolat DIE LINKE lehnt Kreishaushalt ab

Die Kassenlage des Landkreises ist seit Jahren düster. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 zeigt dies wieder sehr deutlich. Nach 25,8 Millionen Euro Defizit im Jahre 2010 sollen es im Jahr 2011 28,4 Millionen Euro werden. Bis Ende 2011 wird der Landkreis eine Unterdeckung von 130 Millionen Euro ausweisen. Ohne die langfristigen Verbindlichkeiten für Investitionen, die noch einmal etwa 90 Millionen Euro betragen.

Landrat Fischbach hat eine lange Liste von Kürzungen und Abgabenerhöhungen vorgelegt. Das reicht von 1300 Euro bei dem Zuschuss zum Seniorenrat, Kürzungen bei der Schwangerschaftskonfliktberatung, Erhöhung der Gebühren bei der Volkshochschule bis hin zu 400 000 Euro Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-BezieherInnen. Knapp zweieinhalb Millionen Euro kratzt der Landrat auf diese Weise zusammen. Die Zahlen zeigen eindeutig, auf diese Weise kann der Haushalt nicht saniert werden. Eine tatsächliche Konsolidierung ist ohne eine grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen nicht möglich. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit.

Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Kreistag, führt in ihrer Haushaltsrede aus: „Der Kreishaushalt hat kein Ausgabenproblem sondern ein Einnahmenproblem. Die Steuergeschenke in den letzten 10 Jahren an Reiche, Superreiche, große Unternehmen und Hoteliers haben zu riesigen Einnahmefällen in den öffentlichen Kassen geführt. Diese Steuergeschenke müssen zurückgeführt werden. Hier hilft nur eine grundlegende Reform der Finanzierungsgrundlagen von Gemeinden, Städten und Landkreisen. Abgaben auf große Vermögen und eine Anhebung der Erbschaftssteuern für große und sehr große Erbschaften, sowie die Fortentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer unter Einbeziehung der Freien Berufe, ist der einzige Weg aus der Finanzmisere der Kommunen herauszukommen. Aber dazu sind weder CDU, SPD, FDP oder die Grünen bereit.“

DIE LINKE forderte eine erhöhte Gewinnausschüttung der Sparkasse und eine Anhebung der Jagdsteuer auf das ursprüngliche Niveau. Diese Mittel sollten für die betreute Grundschule, die Frauenförderung, den Abbau von Ein-Euro-Jobs und für Projekte zur Energiewende verwandt werden. Diese Forderungen fanden keine Mehrheit. DIE LINKE und die SPD lehnten den Haushaltsentwurf aus unterschiedlichen Gründen ab. Die Kürzungen und Gebührenerhöhungen waren für DIE LINKE nicht hinnehmbar. Der SPD ging der Sparwille des Landrates nicht weit genug.

Hajo Zeller